



PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

19. Sitzung der 13. Legislaturperiode vom 06.04.2021

| | | |
|-----------------------|------------------------------|---|
| Vorsitz | Ratspräsident | Oliver Streuli |
| Anwesend | Gemeinderat | 32 Ratsmitglieder |
| | Stadtpräsident Stadtrat | René Huber Christoph Fischbach Kurt Hottinger Roger Isler Regula Kaeser-Stöckli Gaby Kuratli Mark Wisskirchen |
| | Verwaltungsdirektor | Thomas Peter |
| Protokoll | Ratssekretariat | Jacqueline Tanner |
| Entschuldigt abwesend | Gemeinderat | Silvan Eberhard, SVP |
| | Stadtrat | -- |
| Ort | Stadtsaal Zentrum Schluefweg | |
| Dauer | 18:00 Uhr – 18:40 Uhr | |

Eröffnung

Parlamentspräsident Oliver Streuli eröffnet die 19. Sitzung der 13. Legislaturperiode vom 06.04.2021 und stellt die Anwesenheit von 31 Mitgliedern fest. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Die Traktandenliste mit den Unterlagen ist rechtzeitig zugestellt worden. Zur Traktandenreihenfolge erfolgen keine Wortmeldungen, die Geschäfte werden wie vorgesehen behandelt.

Traktandenliste

- 1 Protokoll vom 02.02.2021
- 2 Mitteilungen
- 3 Motion 7451; GRPK; Erfüllung Gestaltungsplanpflicht Swissair-Siedlung; Bericht und Erheblicherklärung / Ergänzungsbericht
- 4 Postulat 7789; Sigi Sommer, SP; Corona Bonus für das Personal an der Front im Spitz und in der Spitex; Begründung, Überweisung
- 5 Interpellation 7790; Maja Hiltbrand, SP; Zentrumsgestaltung mit einer Begegnungszone; Begründung
- 6 Interpellation 7791; Marco Vollenweider, FDP; Sinnvolle Einsatz- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Asylsuchende und langfristig Arbeitslose zugunsten der Bevölkerung; Begründung
- 7 Interpellation 7792; Roman Walt, glp; Open Government Data in der Stadtverwaltung Kloten; Begründung
- 8 Interpellation 7793; Roman Walt, glp; Gemeinderätinnen und Gemeinderäte im Klassenzimmer; Begründung
- 9 Energiekommission - Kommissionsmitglieder des Gemeinderats

0.5.1 Versammlungen / Sitzungen

Mitteilungen; 06.04.2021

- An der heutigen Stadtratssitzung wurde Mike Schälchli als Ersatz für Sabrina Manhart per 01. Juni 2021 bestätigt.
- Betreffend die ausstehende Antwort zur Kleinen Anfrage von Tina Kasper zur Steigerung des Aufwandes für das Vormundschaftswesen seit der KESB-Einführung kommt es zu einer Verzögerung. Da die Angaben der KESB nicht innerhalb der Frist von 2 Monaten erhältlich waren, wird die Beantwortung der kleinen Anfrage um einen Monat verzögert.

Folgende Informationen sind zudem den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt worden:

- Postulat 7789; Sigi Sommer, SP; Corona Bonus für das Personal an der Front im Spitz und in der Spitex
- Interpellation 7790; Maja Hiltbrand, SP; Zentrumsgestaltung mit einer Begegnungszone
- Interpellation 7791; Marco Vollenweider, FDP; Sinnvolle Einsatz- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Asylsuchende und langfristig Arbeitslose zugunsten der Bevölkerung
- Interpellation 7792; Roman Walt, glp; Open Government Data in der Stadtverwaltung Kloten
- Interpellation 7793; Roman Walt, glp; Gemeinderätinnen und Gemeinderäte im Klassenzimmer
- StR-Beschluss 48-2021 vom 23.03.2021; Motion 7451; GRPK; Erfüllung Gestaltungsplanpflicht Swissair-Siedlung; Fristverlängerung
- Anpassung Antrag 5963: Energiekommission; Kommissionsmitglieder des GR
- Einladung; Informationsveranstaltung über den Stand der Leistungsüberprüfung Stadt Kloten

06.04.2021 Beschluss Nr. 83-2021 Motion 7451; GRPK; Erfüllung Gestaltungsplanpflicht Swissair-Siedlung; Bericht und Erheblicherklärung / Ergänzungsbericht

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Motion; GRPK; Erfüllung Gestaltungsplanpflicht Swissair-Siedlung; Erheblich Erklärung / Abschreibung / Rückweisung

Ausgangslage

Mit Beschluss vom 7. Juli 2020 (Nr. 45-2020) überwies der Gemeinderat die Motion "Erfüllung Gestaltungsplanpflicht Swissair-Siedlung" an den Stadtrat. Als Termin für die Vorlage der Antwort an den Gemeinderat wurde der 6. April 2021 bestimmt (Art. 60 Geschäftsreglement des Gemeinderates).

Inhalt der Motion

Der Stadtrat wurde mit der Motion beauftragt, mit der Vorlage eines bewilligungsfähigen Gestaltungsplanes die Planungs- und Rechtsunsicherheit in der Swissair-Siedlung wiederherzustellen und zugleich eine massvolle Erweiterung der schweizweit einzigartigen Siedlung zu ermöglichen. Dabei sollte mit allen Akteuren (Eigentümer*innen, kantonale Stellen, Denkmalpflege) Rücksprache genommen werden.

Stand der Arbeiten

Die Arbeiten bauen auf dem bereits bestehenden, öffentlich aufgelegten und vorgeprüften öffentlichen Gestaltungsplan auf. Die Initianten der (vom Gemeinderat für ungültig erklärten) Volksinitiative "Für eine Zukunft der ersten Swissair-Siedlung von 1948" teilten mit, dass sie einen privaten Gestaltungsplan in Angriff nehmen würden. Bis heute liegt aber weder ein Entwurf, noch ein Antrag an den Stadtrat vor.

Bevor die Überarbeitung des öffentlichen Gestaltungsplanes an die Hand genommen wurde, wurden verschiedene Gespräche mit interessierten Eigentümer*innen und Vertreter des Heimatschutzvereines geführt. Entwicklungsinteressierte Eigentümer*innen erarbeiteten für die Einfamilienhäuser sogar Studien, welche als Grundlage für die Diskussionen genutzt werden konnten. Auf dieser Grundlage kam das vom Stadtrat beauftragte Fachteam zum Schluss, dass dem grössten Anliegen der Eigentümer*innen, doppelstöckige Anbauten erstellen zu können, Rechnung getragen werden könne.





Abbildungen: Studien ArchitektenKollektiv Winterthur mit ein- und doppelstöckigen Anbauten bei den Einfamilien- und Doppelfamilienhäusern

Zusätzliche Themenfelder

Während des Austauschs und der Bearbeitung des Gestaltungsplanes sind nun zwei zusätzliche Themenfelder aufgekommen, welche gelöst werden müssen, bevor der Gestaltungsplan dem Gemeinderat zur Festsetzung überwiesen werden kann.

- Juristische Abklärungen haben ergeben, dass der Gestaltungsplan alleine nicht ausreicht, um dem Schutzanliegen der Swissair-Siedlung gerecht zu werden. Es ist deshalb notwendig, dass zugleich formelle Schutzverträge bzw. –verfügungen den Schutzzumfang präzise regeln und im Grundbuch eingetragen werden. Erste Entwürfe eines solchen Vertrages liegen vor, es wird aber noch einiges an Zeit in Anspruch nehmen, um diese Massnahme den über 60 Eigentümer*innen näher zu bringen.
- An seiner Sitzung vom 9. März 2021 hat der Gemeinderat die Änderung der Bauordnung Kloten betreffend Einführung eines Mehrwertaugleichs von 25% beschlossen. Es ist davon auszugehen, dass diese Regelung in wenigen Wochen rechtskräftig und anwendbar wird. Mit dem Gestaltungsplan erhalten die Eigentümer*innen teilweise über 30% mehr Ausnutzungsmöglichkeiten, weshalb ein Mehrwert generiert wird. Andererseits sind die Eigentümer*innen von einschränkenden Denkmalpflege-Bestimmungen betroffen. Um diesen Sachverhalt aufzuarbeiten, müssen aufwendige Abklärungen getroffen werden, welche Zeit beanspruchen.

Gesuch um Erstreckung der Frist

Der Gestaltungsplan ist aus der Sicht des Stadtrates auf gutem Weg und der Austausch mit den interessierten Eigentümer*innen gestaltet sich gut. Dennoch muss nun noch etwas Zeit in die genannten Themenfelder investiert und insbesondere die gesamte Eigentümerschaft nochmals informiert werden.

Der Stadtrat beantragt deshalb dem Gemeinderat, die Frist um drei Monate bis zur Gemeinderatssitzung vom 8. Juni 2021 zu erstrecken.

Antrag Stadtrat:

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. Der Arbeitsstand zum öffentlichen Gestaltungsplan "Mittelholzerweg" wird zur Kenntnis genommen und die Frist für die Antwort an den Gemeinderat bis zur Gemeinderatssitzung vom 8. Juni 2021 erstreckt.

Antrag Motionär

1. Aufgrund dessen, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Fristverlängerung möglich ist (Art. 60 GeschR GR), beantragt die GRPK als Motionärin dem Gemeinderat einen Ergänzungsbericht für die Motion 7451; GRPK; Erfüllung Gestaltungsplanpflicht Swissair-Siedlung.

Beschluss:

1. Der Arbeitsstand zum öffentlichen Gestaltungsplan "Mittelholzerweg" wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag für einen Ergänzungsbericht für die Motion 7451; GRPK; Erfüllung Gestaltungsplanpflicht Swissair-Siedlung wird einstimmig angenommen.

Wortmeldungen:

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Roman Walt: *Im Namen der GRPK bedanke ich mich beim Stadtrat und der Verwaltung für den Zwischenbericht zur Umsetzung unserer Motion. Nach der Ungültigkeitserklärung der Volksinitiative «Für eine Zukunft der ersten Swissairsiedlung von 1948» vom 2. Juni 2020 haben wir als Kommission eine Motion eingereicht, um die Gestaltungsplanpflicht für die Swissair-Siedlung am Mittelholzer- und Reutlenweg endlich durch einen bewilligungsfähigen, öffentlichen oder privaten Gestaltungsplan umzusetzen. Die Motion wurde vom Rat, wie von der Ratsleitung erklärt, am 7. Juli 2020 überwiesen und die Frist zur Erfüllung läuft mit der heutigen Sitzung aus. Wie dem Zwischenbericht zu entnehmen ist, gab es in den letzten neun Monaten wesentliche Fortschritte bei der Aus- bzw. Überarbeitung des öffentlichen Gestaltungsplans. So wurden, wie von der GRPK mit der Motion gefordert, nochmals Gespräche mit allen Beteiligten geführt und weitere Verbesserungen für die bauwilligen Grundeigentümer erreicht werden, ohne die Schutzwürdigkeit der Siedlung zu verletzen. Es freut uns ausserordentlich, dass auch seitens der Grundeigentümerinnen und -eigentümer ein grosses Engagement zu sehen ist und Denkanstösse über Studien in die Diskussion eingebracht wurden. Zur Umsetzung der Motion wäre auch ein bewilligungsfähiger, privater Gestaltungsplan möglich. Die Frist und das Instrument der Motion war bewusst so gewählt, dass auch die Initianten der Swissair-Siedlung Initiative die Möglichkeit hatten, ihr Anliegen über einem privaten Gestaltungsplan vorzulegen. Das ist bis heute leider nicht geschehen, es liegen keine neuen Kenntnisse zum Stand der Arbeiten vor, kein Antrag an den Stadtrat wurde eingereicht. Wir müssen daher davon ausgehen, dass kein bewilligungsfähiger, privater Gestaltungsplan vorgelegt werden kann. Die Gestaltungsplanpflicht soll darum über einen öffentlichen Gestaltungsplan erfüllt werden. Aus zwei Gründen liegt der öffentliche Gestaltungsplan heute noch nicht vor. Zum einen, da über Schutzverträge bzw. -verfügungen die Schutzwürdigkeit der Siedlung nochmals explizit festgehalten und im Grundbuch eingetragen werden soll. Dazu müssen alle Eigentümerinnen und Eigentümer nochmals abgeholt werden. Und zum anderen, da der Gemeinderat an seiner letzten Sitzung im März die Mehrwertabgabe festgelegt hat. Eine Anfrage beim Kanton ist noch in Klärung, was die Abwägungen zwischen den höheren Ausnutzungsmöglichkeiten mit dem Gestaltungsplan (und damit einem Mehrwert) gegenüber den*

Einschränkungen durch die Schutzwürdigkeit der Siedlung angeht. Beide Punkte sollen bis Anfangs Juni geklärt sein und der bewilligungsfähige öffentliche Gestaltungsplan bis zum 8. Juni 2021 vorgelegt werden. Unsere Motion ist damit Stand heute trotz Zwischenbericht des Stadtrats nicht erfüllt, der Gemeinderat kann also – wie vorhin vom Ratspräsidenten erklärt - gemäss Art. 60 Geschäftsreglement die Motion für erheblich erklären oder einen Ergänzungsbericht verlangen. Die GRPK als Motionärin möchte darauf verzichten, die Motion bereits jetzt als erheblich zu erklären, da ein Bericht des Stadtrats vorliegt und die Motion gemäss Rückmeldung des Stadtrats in wenigen Wochen erfüllt sein wird. Die GRPK beantragt dem Gemeinderat darum die Ausarbeitung eines Ergänzungsberichts, um die angesprochenen offenen Punkte abschliessend zu klären und den bewilligungsfähigen Gestaltungsplan innert drei Monate vorzulegen. Besten Dank.

06.04.2021 Beschluss Nr. 84-2021 Postulat 7789; Sigi Sommer, SP; Corona Bonus für das Personal an der Front im Spitz und in der Spitex; Begründung, Überweisung
0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Postulat; Sigi Sommer, SP; Corona Bonus für das Personal an der Front im Spitz und in der Spitex; Begründung, Überweisung

Sigi Sommer, SP und Mitunterzeichnende haben am 09.03.2021 das folgende Postulat eingereicht:

Die Corona Pandemie hat unsere Welt, die Schweiz und unsere Stadt Kloten fest im Griff. Seit dem Ausbruch vor einem Jahr, leistet unser Personal im Gesundheitswesen Mammutpensen im Pflegezentrum im Spitz und in der Spitex.

Die SP Kloten ist der Ansicht, dass der Stadtrat prüfen soll, dass angesichts der Covid-19-Krise und der grossen physischen und psychischen Belastung des Personals im Gesundheitswesen ein einmaliger «Corona Bonus» aus dem am 17.3.2020 beschlossenen Covid-19; Corona Hilfspaket bezahlt werden soll. Zu den berechtigten Empfängern zählt nach unserer Ansicht das Personal an der Front, welches nicht zum Kader gehört oder in der Verwaltung arbeitet, sondern die praktische Basis-Arbeiten für das Funktionieren des Gesundheitswesens in unseren Alters- und Pflegeheimen bzw. Pflegewohnungen, sowie der Spitex leisten. Das heisst neben dem Pflegepersonal, auch das Reinigungspersonal, der Verpflegungsdienst (Spitz), die Haushaltshilfen (Spitex), der Mahlzeitendienst, der Aktivierungs-/Betreuungsdienst (Spitz) etc. Dieser Bonus soll anteilig an das jeweilige Stellenprozent des Mitarbeitenden gerechnet werden, wobei ein 100% Arbeitspensum mit CHF 1'000.00 belohnt werden soll.

Begründung:

Die Pandemie hat uns einmal mehr vor Augen geführt, wie riesig die Arbeit und Belastung ist, welche das Basis-Frontpersonal im Gesundheitswesen für uns alle leistet: Für Gesunde und Kranke, für Junge und Alte, für Corona-Betroffene und generell für alle Menschen, die Unterstützung und Pflege benötigen. Die Arbeit ist nicht nur körperlich sehr anstrengend und schlecht bezahlt, sondern erfordert auch Präsenzzeiten rund um die Uhr, viele nötige zusätzliche, umständliche Hygienevorkehrungen und grundsätzlich lastet das Damoklesschwert einer Covid-19-Ansteckung schwer. Mitte März 2020 haben wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit einem Applaus gedankt. Diese Geste war in dem Moment wichtig und richtig, sie ändert aber nichts an der Arbeitsbelastung im Gesundheitswesen. Um diesem Umstand wenigstens ein wenig Rechnung zu tragen, unsere besondere Dankbarkeit auszudrücken und nicht zu Letzt ein positives Zeichen zu setzen, wollen wir allen praktisch tätigen Mitarbeitenden in unserem Gesundheitswesen (ausser dem Kader und Verwaltungspersonal), einen einmaligen Bonus auszahlen. Dieser Bonus soll anteilig an das jeweilige Stellenprozent des Mitarbeitenden gerechnet werden. Dass das Kader und das Verwaltungspersonal ebenfalls ihre Mehrarbeit während dieser Pandemie leistet und geleistet hat, ist absolut unbestritten. Dennoch wollen wir diese von der Bonuszahlung ausschliessen, da ihre Löhne von Natur aus schon auf einem höheren Lohnniveau angesiedelt sind. Der SP Kloten ist absolut bewusst, dass die Forderung nach einer Bonuszahlung in der jetzigen finanzkritischen Zeit ziemlich viel verlangt ist, doch da dieser Bonus aus dem im März 2020 geschnürten und nicht ausgeschöpften Corona Hilfspaket bezahlt werden soll, belastet er das laufende Budget nicht. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Wir hoffen sehr, dass der Stadtrat dieses Postulat entgegennehmen wird und eine Mehrheit des Gemeinderats diese berechnete und wertvolle Bonuszahlung unterstützen kann.

Antrag Postulentin:

Die Postulentin beantragt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. Das Postulat Postulat 7789; Sigi Sommer, SP; Corona Bonus für das Personal an der Front im Spitz und in der Spitex wird an den Stadtrat überwiesen.

Beschluss:

1. Das Postulat Postulat 7789; Sigi Sommer, SP; Corona Bonus für das Personal an der Front im Spitz und in der Spitex wird mit 9-Ja zu 17-Nein und 5 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

Wortmeldungen:

Sigi Sommer, SP: Ich möchte nicht auf die Coronapandemie eingehen. Jeder spürt sie am eigenen Leib. Sie hat uns, Kloten, die Schweiz und die ganze Welt im Griff. Wie man zu dieser Pandemie steht, ist für das Postulat belanglos. Denn es ist unbestritten, dass seit einem Jahr alle Personen, welche im Gesundheitswesen arbeiten Mammutpensen leisten. Sie müssen mit umständlichen, zusätzlichen Hygienevorschriften umgehen und das Damoklesschwert COVID-19 schwebt ständig über ihnen. In Kloten geht es dabei um das Frontpersonal im Pflegezentrum Spitz, in den Pflegewohnungen und der Spitex. Jemand, der sich einen Pflegeberuf aussucht, möchte anderen Menschen helfen. Der Pflegenden stellt sich in den Dienst von völlig fremden Leuten und das oft sehr intim, direkt und schonungslos. Er geht einen Deal ein mit unregelmässigen Arbeitszeiten, Schichtbetrieb rund um die Uhr, körperlicher Anstrengung, psychischer Belastung und schlechtem Lohn. Das ist sehr bewundernswert, denn ich, wie wahrscheinlich die meisten von uns, würde das nicht wollen. Es bedarf schon einer grossen Selbstlosigkeit und einem grossen Hilfsbedürfnis dies alles täglich auf sich zu nehmen. Wir alle können froh sein, dass es solche Menschen gibt. Bereits die normale Alltagsbelastung ist bemerkenswert. Und dann, wenn noch aussergewöhnliche Umstände dazu kommen, welche jetzt schon ein Jahr dauern, muss man dies einfach anerkennen. Nur ein bisschen Klatschen auf dem Balkon wie letztes Jahr reicht da nicht, da braucht es mehr. Die SP Kloten ist der Meinung, dass der Stadtrat prüfen soll, dass aus dem am 17.03.2020 beschlossenen COVID-19-Hilfspaket ein einmaliger Coronabonus bezahlt wird. Zu den berechtigten Empfängern gehören unserer Meinung nach das Personal an vorderster Front, welches nicht dem Kader oder der Verwaltung angehört und welches praxisbezogene Basisarbeit für das Funktionieren unseres Gesundheitswesens in unseren Alters- und Pflegeheimen oder Pflegewohnung und der Spitex leistet. Dass das Kader und das Verwaltungspersonal ebenfalls seine Mehrarbeit geleistet hat, ist unbestritten. Trotzdem wollen wir sie von den Bonuszahlungen ausschliessen, da sie von Natur aus bereits in einem höheren Lohnsegment angesiedelt sind. Das heisst also, dass neben dem Pflegepersonal auch das Reinigungspersonal, der Verpflegungsdienst im Spitz, die Haushaltshilfen der Spitex, der Mahlzeitendienst, der Aktivierungs-/Betreuungsdienst im Spitz usw. in den Genuss kommen sollen. Der Bonus soll anteilig an die jeweiligen Stellenprozent der Mitarbeitenden gerechnet werden. Wobei ein 100%-Arbeitspensum mit CHF 1'000.00 belohnt werden soll. Der SP Kloten ist es absolut bewusst, dass die jetzige Forderung nach einer Bonuszahlung in der momentanen finanzkritischen Zeit ziemlich viel verlangt ist. Doch weil der Bonus aus dem im März 2020 geschnürten und nicht ausgeschöpften Corona-Hilfspaket bezahlt werden soll, belastet er das laufende Budget nicht. Ganz nach dem Motto: "Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg". Wir hoffen, dass eine Mehrheit des Gemeinderats diese absolut berechnete und wertvolle Bonuszahlung unterstützt. Danke vielmals.

Stadtrat, Mark Wisskirchen: Die Belastung der einzelnen Berufsgruppen der Stadt Kloten, insbesondere in den Pflegebereichen, war und ist nach wie vor sehr gross und verdient unsere grosse Anerkennung sowie Respekt. Dennoch ist der Stadtrat nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wir erkennen zwar in dem Postulat den guten Willen, aber mit einer gewissen Willkür. Damit würde auch mit einer gewissen Ungleichheit der Bonus ausbezahlt werden. Nicht zu sprechen davon, du hast es bereits selbst erwähnt, dass im Hintergrund die LÜ21 Massnahmen stehen, welche es kreditrechtlich sehr genau nehmen.

Ratspräsident, Oliver Streuli: Ich frage bei der Postulantin nach: Sigi, möchtest du das Postulat so weiterverfolgen oder möchtest du aufgrund der Antwort des Stadtrats allfällige Änderungen daran vornehmen?

Sigi Sommer, SP: Nein, ich möchte es gerne weiterverfolgen, denn ich sehe es nicht als willkürlich an.

FDP-Fraktion, Andreas Keller: Im Postulat fordert Sigi Sommer einen Corona-Bonus für das Verwaltungspersonal, welches für das Funktionieren des Gesundheitswesens in den Alters- und Pflegeheimen, bez. Pflegewohnungen, sowie der Spitex zuständig sind. Es ist absolut unbestritten, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Berufsgruppen einen enormen Einsatz geleistet haben und auch leisten und dies zum Teil unter schwierigen Bedingungen. Dennoch ist die FDP. Die Liberalen Kloten klar

gegen die Überweisung des Postulates. Das Postulat begünstigt nur einige der Berufsgruppen in einem Bereich der gesamten Verwaltung, welche unglaublich viel leisten mussten. Das Küchenpersonal, die Wäscherei oder die Verwaltung, welche nicht im Alters- oder Pflegebereich tätig sind, waren ebenfalls von den vielen Massnahmen betroffen, waren eingeschränkt und haben Enormes geleistet. Sie erhalten die Prämie nicht. Oder nehmen wir die Mitarbeitenden vom Werkhof, die unzählige Masken zusammenlesen mussten. Auch sie sind, wie das Pflegepersonal, Angestellte der Stadt Kloten und mussten viel mehr leisten während dieser Krise. Gleiches gilt für die Reinigungsfachfrau oder den Reinigungsfachmann, welche das Stadthaus sauber halten und alles desinfizieren müssen. Alles muss unter erschwerten Bedingungen und zusätzlichen Auflagen erledigt werden. Sie erhalten die Prämie auch nicht. Oder als weiteres Beispiel die Postboten vor Stadt Kloten, welche unter erschwerten Bedingungen eine riesige Mehrarbeit leisten muss, weil ganz viele Leute im Home-Office sind. Das ist eine gewaltige Zusatzarbeit. Auch sie erhalten keine Coronabonus. Oder schauen wir auf den Unternehmer. Auf den Besitzer eines Klotener KMUs, der nicht weiss, ob er morgen sein Geschäft noch öffnen kann. Oder ob er es irgendwann wieder öffnen kann, ob das Geld dafür noch reicht, wenn die Krise vorbei ist. Oder die Angestellten, die nicht wissen, ob es ihren Job noch gibt. Sie erhalten die Prämie auch nicht. Nichts von all dem soll die Leistung des Pflegepersonals oder der Spitex schmälern. Wir alle sind ihnen dankbar und werden ihren Leistungen mit Applaus definitiv nicht gerecht. Aber es gibt zu viele Berufsgruppen, die während der Krise eine überwältigende Arbeitslast zu stemmen hatten und keine Prämie erhalten. Eine Prämie für eine ausgewählte Berufsgruppe wäre definitiv der falsche Weg. Dabei gilt es auch zu beachten, dass das Pflegepersonal eine gewisse Jobsicherheit hat und damit auch eine gewisse Lohnsicherheit. Dies soll in keiner Weise ihren Einsatz schmälern, aber immerhin, sie haben ein Einkommen welches sicher ist. Ob das Geld nun aus dem Corona-Kredit in der Rechnung 2020 oder 2021 oder aus einem Sondertopf kommt, spielt am Ende keine Rolle. Es sind und bleiben Steuergelder, die wir hier ausgeben. Wir alle wissen, dass finanziell schwierige Zeiten auf die Stadt zukommen. Wäre es nicht langfristig sinnvoller, wenn wir bestrebt sind, nicht kurzfristige Anreize zu schaffen, sondern weiterhin in 1. Priorität für die Gesundheit der Angestellten alles zu unternehmen, damit Sie sicher und ohne zusätzliche, persönliche finanzielle Ausgaben durch diese Zeit kommen? Gratisimpfungen und Abgabe von Schutzmaterial sowie Massnahmen zum Schutz der Angestellten sind klar einer einseitigen Bevorzugung zu priorisieren. Das Postulat ist gut gemeint für ein paar wenige, aber nicht für alle.

Grüne-Fraktion, Belinda Mastev: Die Pandemie hat uns alle stark gefordert und wird uns auch weiterhin fordern. Viele Berufe müssen einen enormen Mehraufwand leisten als noch vor der Pandemie. Einige Berufe, vor allem im Gesundheits- und Sozialwesen sind Lohnmässig nicht sonderlich gut bezahlt. Das Pflegepersonal steht rund um die Uhr zur Verfügung und gibt sein Bestes all diesen Anforderungen auch gerecht zu werden. Das Argument den Corona-Bonus für die Mitarbeiter im Pflegezentrum Spitz und der Spitex einzufordern ist verständlich und nachvollziehbar. Trotzdem muss man fair bleiben und es darf zu keiner Ungerechtigkeit führen. Das Pflegepersonal hat sehr viel geleistet, aber auch viele andere Berufskategorien, welche während dem Lockdown und auch jetzt Systemrelevant sind. Dazu gehören auch Pädagogen, Horte, Krippen und viele andere Berufe, welche während dieser Pandemie einen enormen Beitrag geleistet haben. Sie leisten diesen auch weiterhin um unser System aufrecht zu erhalten und alle Dienstleistung weiterhin gewährleisten zu können. Die Grüne-Partei unterstützt mehrheitlich die Überweisung des Antrags zur Prüfung einer möglichen Ausschüttung eines Corona-Bonus mit der Bitte einen fairen Mittelweg zu finden um alle Systemrelevanten Berufe der Stadt Kloten einen Dank auszusprechen. Kurze Information: Reto Schindler als Fraktionspräsident und Mitarbeiter der Stadt Kloten wird sich bei der Abstimmung enthalten.

EVP-Fraktion, Tim Häfliger: Die EVP steht grundsätzlich hinter dem Gedanken der Postulantin. Wie es bereits von Andreas und Belinda ausgeführt wurde, hat das Gesundheitspersonal sehr viel geleistet und sollte auch belohnt werden, aber es sind nicht die Einzigen. Es gibt sehr viele Geschäftssparten, in welchen genauso viel geleistet wird zu Coronazeiten. Auch aufgrund der finanziellen Lage, welche wir in der Stadt Kloten haben und sicheren Steuerausfällen werden wir das Postulat leider nicht unterstützen können. Wir fragen uns auch, ob eine einfache Finanzierung über das Hilfspaket möglich ist durch das dies meines Wissens zweckgebunden war. Darum wird sich die EVP enthalten.

CVP-Fraktion, Pascal Walt: Wertschätzung? Ja, aber bitte persönlich und nicht mit Steuergeldern. Fakt ist, wir alle haben unserseits Extrameilen geleistet und bleiben in der heutigen Situation weiterhin gefordert. Entsprechend ist die Wertschätzung der geleisteten Extrameilen wichtiger denn je, aber wie gesagt: Bitte persönlich und nachhaltig und nicht monetär. Fragt einmal in eurem Umfeld, bei euren Familienmitgliedern, Freunden und Nachbarn welche persönlichen und beruflichen Extrameilen sie im vergangenen Jahr absolviert

haben. Alleine durch das Zuhören, ernsthaftes Diskutieren und Akzeptieren wird den diesen Zusatzleistungen einen persönlichen Wert gegeben. Und das ist bidirektional. Das lässt sich mit einer Einmalzahlung sicher nicht gewichten. Darum kann die CVP dem Postulat nicht zustimmen. Für wenige statt für viele gilt bei unserem liberalsozialen Gedanken nicht als sozial. Auch wenn alle eine Belohnung verdient hätten, ist es unfair nur eine Mitarbeitergruppe zu berücksichtigen. Das führt wiederum zu Missgunst bei anderen Mitarbeitern. Meines Wissens wird auch in der Privatwirtschaft kein Bonus ausbezahlt, wenn man Verlust schreibt. Ausser, wie man heute sieht, bei der CS. Eher muss man als Mitarbeiter froh sein, dass der Arbeitsplatz bestehen bleibt. Genau da finanziert unser Coronahilfspaket, genau jene Arbeitsplätze temporär und sichert damit auch das Überleben der Arbeitnehmer. Das ist für uns der richtige Zweck, als dass man bei über 200 begünstigten Mitarbeitern weitere Aufwände von über CHF 200'000.00 realisiert. Falls das Hilfspaket nicht ausgeschöpft wird – wunderbar. Entlasten wir doch lieber unsere Rechnung 2021. Hört sich zwar nicht ganz sozial an, aber davon haben alle Klotener etwas. Persönlich finde ich es auch ein wenig einen Affront gegenüber dem Stadtrat. Der Gemeinderat scheint den Ernst der Lage einfach noch nicht gesehen zu haben. Dieser Gemeinderat, wir hier, haben vor noch nicht einmal fünf Monaten mit dem Budget 2021 dem Stadtrat das Vertrauen ausgesprochen mit der laufenden Leistungsüberprüfung einen Teil des budgetierten 20 Mio. Verlusts abzufedern. Das ist nicht wenig. Aktuell werden an vielen kleinen Stellen mit Schrauben einzelne tausend Franken eingespart. Wahrscheinlich reicht dies nicht aus, wir werden es anschliessend noch hören. Die Zeche, wir haben es gehört, zahlt am Schluss der Steuerzahler, also wir. Es braucht keinen Hellseher um zu wissen, dass die Realität das Budget 2021 bereits nach einem halben Jahr bereits wieder überrollt hat. Letzten Sommer sind wir noch von positiveren Rahmenbedingungen ausgegangen als heute herrschen. Schlussendlich werden wir Steuerzahler den Aufwandsüberschuss bezahlen müssen. Also ein schlechter Zeitpunkt um Geld zum Fenster raus zu werfen – egal wie lobenswert das Motiv ist.

SVP-Fraktion, Marco Brunner: Die SP fordert mit ihrem Postulat genau das Gegenteil von dem, was sie sich selbst auf die Fahne schreibt, aber leider politisiert; für Wenige statt für Alle. Der Grad der Gefährdung mag unterschiedlich sein und sehr abhängig vom Beruf. Aber die Herausforderung sind für jeden Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleich. Die Geste ist nett gemeint, aber ist genau gleich zu bewerten, wie das bereits im Postulat erwähnte Applaudieren Mitte März. Im Pflegebereich braucht es eine Ausbildungsoffensive, generell eine Steigerung der Attraktivität des Berufs. Das ist aber nicht in diesem Saal machbar. Das beste Beispiel ist der Gegenvorschlag zur Pflegefachinitiative, welchem momentan auf Bundesebene diskutiert wird. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, um den Sprung zu machen zur Motion von Roman Walt, welche wir heute Abend auch noch behandeln. Wenn ihr einmal im Klassenzimmer steht und Populismus erklären müsst, dann nehmt doch dieses Postulat. Es ist nichts Anderes als das, was uns vorgeworfen wird. Es werden vermeintlich unterbezahlte Personen mit CHF 1000.00 abgespeist, dies auch nur, wenn man 100% arbeitet. So kann man sich dann als grosser Held, als Gönner aufspielen aber das eigentliche Problem hat man überhaupt nicht gelöst. Dass aber Kader sowie Verwaltungsangestellte ausgeschlossen sind von dem Postulat, mit der Begründung, ich zitiere sehr gern; «da ihre Löhne von Natur aus schon auf einem höheren Lohnniveau angesiedelt sind.» Zitat Ende, zeigt die Scheinheiligkeit des Postulates. Es spielt der SP keine Rolle, ob man mehr geleistet hat in der Pandemie oder nicht. Es spielt keine Rolle, ob man Mehraufwand hatte oder nicht. Wenn man in der Sicht von links zu viel oder genug verdient, ist man keiner Dankbarkeit wert. Es wurde bereits mehrfach erwähnt, was ist mit den anderen Stadtangestellten z.B der Müllabfuhr, Polizei, anderen systemrelevanten Berufen? Sie sind halt weniger sichtbar und dementsprechend weniger medienwirksam. Schlussendlich bleibt natürlich auch die Frage der Finanzierung: Die Mittel sollen aus dem Covidhilfsfonds kommen und somit anscheinend das Budget nicht belasten. Auch wenn Geld aus Papier hergestellt wird, wächst es dennoch nicht auf Bäumen. Der Mehraufwand belastet die Rechnung und somit auch den Haushalt von Kloten und somit alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Wegen diesem Mehraufwand stellt sich die SVP klar dagegen und lehnt das Postulat einstimmig ab.

Ratspräsident, Oliver Streuli: Danke Marco. Ich bitte dich den Anstand zu wahren, auch wenn du persönlich vielleicht anderer Meinung bist. Es sind gut gemeinte Vorschläge.

GlP-Fraktion, Kim Mishra: Es ist eine Weile her, aber jeder kann sich noch in die Situation vom März 2020 zurückversetzen. COVID19 war noch neu und wir hatten alle noch grossen Respekt vor dem neuen, unbekanntem Virus. Wir waren in diesem Moment stolz, dass der Schweizer Staat genug ins Gesundheitswesen investiert. Nicht wie in anderen Ländern, in welchen man Spitäler zunehmend privatisiert hat und man nur an ein Beatmungsgerät kommt, wenn man das nötige Kleingeld hat. Unsere Bewunderung fürs Gesundheitspersonal war gross in dem Moment. Man wusste, dass man bei einem schweren Verlauf

einer COVID-Infektion auf sie und ihr Fachwissen angewiesen ist. Darum haben wir im März 2020 unseren Dank mit Klatschen geäussert. Eine durchaus rein symbolische Geste bis jetzt, denn auf nationaler und kantonaler Ebene ist noch nichts passiert um dem Gesundheitspersonal entgegen zu kommen. Hand aufs Herz, wer im Saal hat im März 2020 geklatscht? Genau, und darum müssen wir jetzt auch konsequent sein und die maximal CHF 1000.00 pro 100% Arbeitspensum gutheissen. Es ist nicht viel, vor allem, wenn man es ins Verhältnis setzt zu den Soforthilfen und den à-fonds-perdu-Beiträgen im letzten Jahr, wo wir immer noch nicht wissen, wo die genau gelandet sind. Auf jeden Fall sicher nicht beim Personal im Gesundheitswesen. Die Glp-Fraktion ist sich auch bewusst, dass die maximal CHF 1000.00 pro 100% Arbeitspensum nicht die Lösung des Problems sind. Folgende Punkte müssen aus unserer Sicht berücksichtigt werden: Erstens und da stimmen wir Andreas zu, das Kader, Verwaltungspersonal, Werkhofangestellte und alle anderen Angestellten brauchen auch einen Bonus, diese arbeiten genauso hart. Das heisst aber nicht, dass alle Angestellten der Stadt Kloten Anrecht auf einen Bonus haben. Da widersprechen wir Pascal und Marco. Denn es macht einen Unterschied, ob man mit infektiösen Patienten arbeiten muss, bei der Arbeit eine Maske anziehen muss oder einfach im Home-Office bleiben kann. Das hat ganz andere Dimensionen. Ich persönlich habe das Glück im Home-Office zu sein und für mich hat die Pandemie keine grossen Konsequenzen im Berufsleben. Zweitens wäre es für uns schön zu sehen, dass nachhaltigere Ansätze verfolgt werden als jetzt einen einmaligen Bonus zu sprechen, welche die grundsätzlichen Rahmenbedingungen verbessern. Wie können wir Mehrbelastungen in der Zukunft vermeiden? Wie können wir in zukünftigen Krisen dem Gesundheitspersonal zeigen, dass wir sie nicht wieder im Stich lassen? Darum wäre eine entsprechende Diskussion bei der Finanzplanung 2022 sinnvoller. Es stellt sich aber die Frage, ob wir bei einer der schwierigsten Finanzplanungen in der Geschichte des Gemeinderats auf Lohnerhöhungen eingehen werden. Aus den genannten Gründen gibt die glp eine Stimmfreigabe für ihre Mitglieder.

Sandra Eberhard, SVP: Ich wollte eigentlich nicht mehr nach vorne, muss jetzt aber doch noch meinen Dank an den Stadtrat aussprechen. Ich schliesse mich zwar all diesen Pro und Contra mehr oder weniger an, möchte aber jetzt wirklich einmal klarstellen auf welchem Standpunkt wir stehen resp. in welcher Situation wir uns befinden. "Wo ein Wille ist ist auch ein Weg" ist zwar gut und nett gemeint und auch die Begründungen dazu nachvollziehbar. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, "Wo ein Wille ist ist auch ein Weg" empfinde ich fast ein wenig als Hohn gegenüber dem Stadtrat und der Verwaltung, welche in den letzten Wochen mehrere Tage und unzählige Stunde damit verbracht haben eine Leistungsüberprüfung durchzuführen, um irgendwo etwas kürzen zu können, damit das Budget nicht ganz so schlimm aussieht. Auch dort, wo es wirklich schmerzt wie z.B. Skilagern, wo wir auch schon mal in den 10'000er-Bereichen streichen mussten. Und jetzt stehen wir da und haben das Gefühl, wir haben übriggebliebenes Geld von dem Hilfsfond, welches wir noch verschenken können. Ich verstehe Stadtrat Mark Wisskirchen, dass er dies nicht entgegennehmen will. Ich danke euch allen für die unzähligen Stunden, die ihr damit verbracht habt und wo wir anschliessend noch mitbekommen werden was alles geplant ist. Ich möchte einfach damit schliessen, dass ihr das bitte bedenkt.

SP-Fraktion, Sigi Sommer: Ich bin, muss ich wirklich sagen, sehr enttäuscht. Denn ihr stellt das dar, als wäre das einfach eine Berufsgruppe, welche den ganzen Tag nichts macht und im Büro sitzt. Ich möchte nicht sagen das Bürolisten nichts machen, ich bin auch im Büro und im Home-Office. Ich bin 80% angestellt und arbeite seit ¾ Jahr mindestens 120%. Ich leiste also meinen Beitrag COVID-mässig auch. Aber ich habe absolut nicht den Anspruch, mich mit dem Pflegepersonal zu vergleichen, welches dem Virus direkt ausgesetzt ist, körperlich extremste Arbeit leisten muss, face-to-face mit den Infizierten ist und rund um die Uhr arbeitet. Nicht vielleicht bis 19 Uhr statt bis 17 Uhr, sondern auch in der Nacht und am Wochenende. Der Bonus wäre anteilmässig gewesen. Nicht nur die 100%-Arbeitenden hätten CHF 1000.00 erhalten, sondern 80% hätten CHF 800.00 erhalten usw. Das möchte ich klarstellen. Dass die Verwaltungsangestellten und Kadermitarbeiter ihren Beitrag auch leisten, habe ich auch erwähnt. Aber sie sind von Natur aus in einem höheren Lohnsegment. Ich habe nicht gesagt in einem hohen, sondern in einem höheren als jene an der Front. Ich möchte euch wirklich empfehlen; geht einmal mit der Spitex mit, geht einmal ins Altersheim und schaut euch an was sie dort machen. Und lest einmal die Stellenanzeigen, welche wir haben, auf welche sich niemand meldet. Denn niemand möchte diesen Job machen und trotzdem gibt es Leute die ihn machen. Und dass muss in solchen Ausnahmesituationen, in welchen diese Personen an vorderster Front dem ganzen Chaos ausgesetzt sind, einmal belohnt werden. Mir ist es ganz klar, dass es nicht darum geht oder respektive dass man das Thema nachhaltig lösen muss. Aber das wäre jetzt einmal ein Weg Dankbarkeit auszudrücken. Ich bin also von den Einten schwer enttäuscht, dass sie sich gleich setzen mit irgendwelchem Pflegepersonal, welches an vorderster Front arbeiten muss.

FDP-Fraktion, Philip Gehrig: Wir täten so, als wäre dies eine Berufsgruppe, welche nichts leisten würde. Also für die Medien und alle Anwesenden; Wenn dies das Fazit ist nach dieser Diskussion, nach all diesen Voten, welche betont haben was die Berufsgruppe leistet, wenn dies dein Fazit ist Sigi, dann ist das nur eines und dann gehe ich gerne das Risiko ein, dass es nochmals einen Ordnungsruf gibt, dann ist dies blanker SP-Populismus. Das ist nicht das, was gesagt wurde und das behauptet auch niemand in diesem Rat.

Ratspräsident, Oliver Streuli: Danke Philip, du hast es selbst gesagt – bitte versucht anständig zu bleiben. Es ist eine sehr emotionale Diskussion. Ich verstehe das, weil es ein emotionales Thema ist. Bitte versucht sachlich zu bleiben.

06.04.2021 Beschluss Nr. 85-2021 Interpellation 7790; Maja Hildebrand, SP; Zentrumsgestaltung mit einer Begegnungszone; Begründung
0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Interpellation; Maja Hildebrand, SP; Zentrumsgestaltung mit einer Begegnungszone; Begründung

Maja Hildebrand und Mitunterzeichnende haben am 09.03.2021 folgende Interpellation eingereicht:

Die SP Kloten möchte das Klotener Stadtzentrum für Fussgänger und motorisierten Verkehr attraktiver gestalten. Wir befürworten eine Begegnungszone für Fussgänger und motorisierten Verkehr ins Auge zu fassen. Vorteil dieser Zone wäre, dass der öffentliche Verkehr weiter zugelassen ist, durch Temporeduktion auf 20km/h jedoch die Verkehrssicherheit zwischen allen Verkehrsteilnehmenden gesteigert würde. Auch würden keine Parkplätze aufgehoben. Der Zugang zu Tiefgaragen ist gewährleistet. Der Langsamverkehr respektiert den motorisierten Verkehr, geniest jedoch ein Vortrittsrecht.

04.02.2014 Masterplan Gestaltung öffentlicher Raum 1. Etappe

Der Stadtplatz wurde durch den Gemeinderat genehmigt, die Gestaltung eines Spielplatzes jedoch abgelehnt.

- *Starb durch diesen Beschluss der restliche Masterplan oder bestehen noch Pläne und Ideen?*
- *Wie gestaltet sich das Verkehrsregime während Rückbau- und Ersatzbauten an der Marktgasse bis Bahnhofstrasse?*
- *Befasst sich die Stadt Kloten mit der Einführung einer Begegnungszone?*
- *Welchen finanziellen Aufwand würde die Signalisation einer Begegnungszone für folgende Strassen und Gassen kosten? Eine Kostenschätzung reicht. Bahnhofstrasse, Marktgasse, Fleischli bis Marktgasse, Geerenstrasse vom Stadthaus bis Petergasse, Kirchgasse, Verenagasse, Kalchengasse, Gerbegasse.*
- *Könnten sich Möglichkeiten von Etappierungen durch Leitungsrevisionen o. ä. ergeben?*
- *Welche Punkte müssen beachtet werden, damit eine solche Begegnungszone eingeführt werden kann?*

Die SP Kloten würde sich über eine wohlwollende Beantwortung dieser Fragen sehr freuen.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beantwortet die Interpellation bis spätestens z.H. Gemeinderatssitzung vom 06.07.2021

Wortmeldungen:

SP-Fraktion, Maja Hildebrand: *Eine Begegnungszone wird wahrscheinlich auch ein wenig Wellen schlagen, aber ich hoffe doch, dass es nicht ganz so schlimm wird wie vorhin. Die SP Kloten hat sich mit dem Verkehrsregime im Stadtzentrum befasst. Angeregt durch einen Artikel vom Fachverband Fussverkehr Schweiz für Fussgängerinnen und Fussgänger haben wir uns über gelungene Projekte in der Schweiz informiert. Dadurch, dass der Busverkehr über die Schaffhauserstrasse, Lindestrasse, Petergasse, Dorfstrasse das Klotener Stadtzentrum umfasst in welchem Tempo 50 gilt, ergibt sich ein Gebiet in welchem mit Gewinn für alle Verkehrsteilnehmer eine Begegnungszone geschaffen werden könnte. Wir haben im Gemeinderat am 04. Februar 2014 den Masterplan Gestaltung öffentlicher Verkehr vorgelegt bekommen. Aus diesem heraus wurde nur der Stadtplatz verwirklicht. Der Plan hätte Strassen und Orte mit unterschiedlichem Baumbeständen vorgesehen. Ein Gedanke, welcher, gerade in der Klimadebatte weiter zu verfolgen wäre. Der Stadtpark wurde explizit ausgeklammert und nur der Stadtplatz kam zur Abstimmung. Wo steht jetzt der restliche Plan? Was wird noch verfolgt? Demnächst sollen Rück- und Ersatzbauten an der Marktgasse*

beginnen. Was für ein Verkehrsregime wird den Langsamverkehr und den motorisierten Normalverkehr sowie Baustellen Zu- und Wegfahrten regeln? Stimmt das, dass sich der Stadtrat mit einer Begegnungszone befasst? Im Klotener Stadtzentrum befinden sich viele oberirdische Parkplätze sowie Garagenplätze mit ihren Zufahrten. Der SP Kloten ist es darum verständlich, dass eine Verkehrsfreie Zone keine Chance hat. Es ist jedoch schon heute fast nicht mehr möglich an der Bahnhofstrasse, der Kirchgasse oder der Bachgasse 50 km/h zu fahren. Es gibt so unvernünftige Menschen. Aber ist ein völliger Unsinn, auf so kurzen Strecken auf 50 km/h zu beschleunigen und wieder Bremsen zu müssen, weil ein Fussgänger über den Zebrastreifen möchte oder ein Auto aus einem Parkplatz oder einer Tiefgarage fährt. An der Kirchgasse gibt es sogar einen Kindergarten. Dort warten öfters Kinder auf ihre Eltern, welche sie heimbegleiten. Gerade in diesem Bereich beim reformierten Kirchgemeindehaus beobachte ich öfters einige Autos, Lastwagen und Traktoren, welche über das Zentrum die wilde Mann Kreuzung abkürzen. Hand aufs Herz, wer hat noch nie schwierige Situationen an der Bahnhofstrasse, bei der Post oder der Kantonalbank beobachtet? Die Parkplätze zu verlassen, wenn auf einer Seite mit Tempo 50 gerechnet werden muss und auf der anderen Seite noch Velofahrer kommen ist sehr anspruchsvoll. Hinzukommen noch kreuzende Fussgänger. Seien wir ehrlich, Tempo 50 ist eine Illusion. Irgendwann wird mit der Glattalbahn ein weiterer bestimmender Verkehrsteilnehmer ins Zentrum kommen. Dem Vermehren nach wird einiges von diesem Bauprojekt abhängig gemacht. Wir fragen uns aber, ob es nicht bereits früher möglich ist, Teilzonen mit Tempo 20 zu erhalten. Was wären die Kosten? Sind im Stadtzentrum bereits Leitungen verlegt oder könnte man jetzt bereits ettappiert solche Begegnungszonen einrichten? Was sind die Voraussetzungen damit wir im Zentrum einen ruhigen und flüssigen Verkehr bekommen, mit mehr Sicherheit für den Langsamverkehr und ohne Fussgängerstreifen oder unnötige Signalisationen. Ich freue mich bereits jetzt auf die wohlwollende Beantwortung dieser Fragen.

Stadträtin Gaby Kuratli: Wir nehmen die Interpellation gerne entgegen und werden diese schriftlich innerhalb der Frist von drei Monaten beantworten.

06.04.2021 Beschluss Nr. 86-2021 Interpellation 7791; Marco Vollenweider, FDP; Sinnvolle Einsatz- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Asylsuchende und langfristig Arbeitslose zugunsten der Bevölkerung; Begründung

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Interpellation; Marco Vollenweider, FDP; Sinnvolle Einsatz- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Asylsuchende und langfristig Arbeitslose zugunsten der Bevölkerung; Begründung

Marco Vollenweider, FDP. Die Liberalen Kloten und Mitunterzeichnende haben am 09.03.2021 die folgende Interpellation eingereicht:

Zurzeit sind 68 vorläufig aufgenommene Flüchtlinge mit Ausweis F in Kloten im Einwohnerregister registriert. Während der Dauer eines zugewiesenen Aufenthaltsortes nach Art. 28 Asylgesetz sind Asylsuchende nicht meldepflichtig. Sobald sie einen Entscheid erhalten, dass sie vorläufig aufgenommen oder als Flüchtling anerkannt sind, werden sie einer Gemeinde zugewiesen. Diese Personen sind Asylsuchende (Ausweis N), die in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt haben und im Asylverfahren stehen. In Kloten hält sich diese Personengruppe (zurzeit 54 Personen) in der Notunterkunft Rohr (Durchgangszentrum), Rohrstrasse 400 in 8152 Glattbrugg auf. Dieser Standort gehört politisch zu Kloten, postalisch aber zu Glattbrugg, Opfikon.

Während des Aufenthalts als Asylbewerber und bis zum Entscheid über das weitere Vorgehen dürfen Asylbewerber keiner bezahlten Arbeit nachgehen. Dadurch haben Asylbewerber häufig einen unbefriedigenden Tagesablauf. Auch ist es für diese Menschen sehr belastend und langweilig. Ähnlich verhält es sich bei langfristig Arbeitslosen. Durch die momentane Situation mit dem Corona Virus ist es denkbar, dass die Arbeitslosenquote in Kloten ansteigen wird. Stand Januar 2021 ist die Arbeitslosenquote in Kloten mit 5.5 % zusammen mit Höri (5.8 %) am höchsten im Bezirk Bülach.

Die Langeweile, Unsicherheit oder Perspektivlosigkeit können auf die Psyche schlagen, was zu kostspieligen psychischen und anderen Problemen führen kann. Durch sinnvolle Beschäftigungsprogramme zugunsten der Bevölkerung kann man dem meiner Meinung nach entgegenwirken. Das ist nicht nur für diese Menschen gewinnbringend, sondern kommt auch der Bevölkerung zugute.

In diesem Zusammenhang habe ich folgende Fragen an den Stadtrat:

- 1. Hat sich der Stadtrat bereits Überlegungen dazu gemacht, wie man den Asylbewerbern und langfristig Arbeitslosen eine sinnvolle Beschäftigung anbieten kann? Falls nein, warum nicht?*
- 2. Welche Beschäftigungen, die der Bevölkerung einen Nutzen bringen und allenfalls die Finanzen der Stadt Kloten entlasten, ohne dabei das Gewerbe zu konkurrenzieren, könnten das sein?*
- 3. Wie sieht der Stadtrat eine mögliche Umsetzung für solche Einsatz- und Beschäftigungsmöglichkeiten?*
- 4. Ist zum Beispiel eine Mithilfe im Verein "freiwillig@kloten" eine Möglichkeit?*

Beschluss:

1. Der Stadtrat beantwortet die Interpellation bis spätestens z.H. Gemeinderatssitzung vom 06.07.2021

Wortmeldungen:

FDP-Fraktion, Marco Vollenweider: Während des Aufenthalts als Asylbewerber und bis zum Entscheid über das weitere Vorgehen dürfen Asylbewerber keiner bezahlten Arbeit nachgehen. Dadurch haben Asylbewerber häufig einen unbefriedigenden Tagesablauf. Auch ist es für diese Menschen sehr belastend und langweilig. Ähnlich verhält es sich bei langfristig Arbeitslosen. «Der Mensch ist zum Arbeiten geboren wie der Vogel zum Fliegen». Dieser Spruch ist in den Schriften Luthers und Zwinglis zu finden und beschreibt meiner Meinung nach sehr gut das Verständnis von Arbeit in unserer heutigen Gesellschaft. Der Vogel wird über die Flügel definiert, genau wie ein Mensch über seine Arbeit. Mehr als ein Drittel der Schweizer und Schweizerinnen über 40 sehen die Arbeit als das Bedeutsamste im Leben. Das hat viele Gründe. Die Position des Individuums in der Gesellschaft wird massgebend von der Stellung im Arbeitsleben bestimmt. Der Arbeitslose wird häufig von der Gesellschaft ausgeschlossen. Das ist er auch in vielerlei Hinsicht, angefangen bei dem sozialen Umfeld des Arbeitsplatzes. Dieser ist nicht nur ein Ort der Arbeit, sondern auch ein Ort der Zusammenkunft, bei dem soziale Kontakte zu Arbeitskollegen gepflegt werden. Andererseits erfolgt auch ein Ausschluss von der Möglichkeit sinnvoller und befriedigender Arbeit, selbst einen Beitrag leisten zu können zum gesellschaftlichen Wohlstand. Arbeitslosigkeit ist eine Form der psychosozialen Zermürbung. Langzeitarbeitslosigkeit kann daher nicht nur gravierende materielle Folgen, sondern auch erheblichen Einfluss auf das Wohlbefinden, die Psyche und die Persönlichkeit haben und im wahrsten Sinne des Wortes einen Menschen „verändern“. Gelingt es ihnen nicht, psychisch stabil zu bleiben, geraten sie immer mehr in einen Teufelskreis, da es depressiven Personen in Bewerbungsgesprächen schlecht oder gar nicht gelingt, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten darzustellen und von sich zu überzeugen. Es ist meiner Meinung nach unbestritten, dass das effektivste Mittel gegen Arbeitslosigkeit und ihre Nebenwirkungen Arbeitsfindung ist. Für den Einzelnen ist es erfüllend, für die Gesellschaft bietet die Arbeitstätigkeit von denen, die heute nicht in der Arbeitswelt integriert sind, auf vielerlei Ebenen einen Mehrwert und ist ausserdem sozialverträglicher als die Untätigkeit von Menschen, die sich tatkräftig und mit Freude einbringen könnten. Dabei ist natürlich zu beachten, dass dieses Angebot freiwillig genutzt wird und das lokale Gewerbe nicht belastet. Wenn diese Punkte gewährleistet sind, sehe ich rundum einen echten Mehrwert. Damit die Asylbewerber und langfristig Arbeitslosen die Möglichkeit haben einer sinnvollen Tätigkeit nachgehen zu können und nicht in einen Teufelskreis geraten, stelle ich dem Stadtrat die folgenden Fragen: Hat sich der Stadtrat bereits Überlegungen dazu gemacht, wie man den Asylbewerber und langfristig Arbeitslosen eine sinnvolle Beschäftigung anbieten kann? Falls Nein, warum nicht? Welche Beschäftigungen, die der Bevölkerung einen Nutzen bringen und allenfalls die Finanzen der Stadt Kloten entlasten, ohne dabei das Gewerbe zu konkurrenzieren, könnten das sein? Wie sieht der Stadtrat eine mögliche Umsetzung für solche Einsatz- und Beschäftigungsmöglichkeiten? Ist zum Beispiel eine Mithilfe im Verein freiwillig@kloten eine Möglichkeit?

Ratspräsident, Oliver Streuli: Gibt es einen Antrag um Diskussion? Ja, Franziska Wisskirchen. Gibt es einen Gegenantrag? Nein.

EVP-Fraktion, Franziska Wisskirchen: Antrag auf Diskussion ist vielleicht ein wenig zu hoch gegriffen. Ich wollte eigentlich nur eine Bemerkung/Ergänzung machen. Die Erfahrung aus der Sozialbehörde hat mir gezeigt, dass es sehr wichtig ist, dass Langzeitarbeitslose eine Tagesstruktur haben, dies aus den bereits gehörten Gründen. Aber eine sinnvolle Beschäftigung zu finden, diese organisieren und zu leiten, musste ich erfahren, ist nicht immer so einfach. Es freut mich, dass freiwillig@kloten bereits einige Asylbewerbende eingesetzt hat, welche sie bei grösseren Anlässen unterstützt haben. Das läuft auch bereits. Ich bin gespannt auf die Antwort des Stadtrats.

Stadtrat Kurt Hottinger: Besten Dank für die Fragen und die sehr ausführliche Begründung. Es war sehr interessant. Selbstverständlich werden wir diese schriftlich in der vorgegebenen Frist beantworten.

06.04.2021 Beschluss Nr. 87-2021 Interpellation 7792; Roman Walt, glp; Open Government Data in der Stadtverwaltung Kloten; Begründung
0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Interpellation - Roman Walt, glp - Open Government Data in der Stadtverwaltung Kloten; Begründung

Roman Walt, glp und Mitunterzeichnende haben am 12.03.2021 die folgende Interpellation eingereicht:

Die Bereitstellung von Open Government Data (OGD), also Daten aus den Verwaltungsbehörden für die rechtfreie Weiterverarbeitung durch Wirtschaft und Gesellschaft, wird ein immer wichtigeres Thema für die Verwaltungen, auch auf kommunaler Ebene. Mehrere Kantone und auch der Bund publizieren bereits Daten als OGD, natürlich unter Einhaltung geltender rechtlicher Bestimmungen. Diverse Initiativen und Vereine unterstützen diese Entwicklung. Die Daten umfassen dabei Themen wie Mobilität, Energie, Stadt- und Bevölkerungsentwicklung, Risiken, Planungsgrundlagen etc. In Zeiten wissens-getriebener Kommunikation und offener Forschung ist das eine zentrale Grundlage für Innovation und Fortschritt.

Gleichzeitig stehen auch immer mehr Daten aus übergeordneten Gremien kostenfrei zur Verfügung und können von lokalen Verwaltungen eingesetzt werden. Das aktuellste Beispiel sind die qualitativ hochwertigen (Geo-)Daten von swisstopo, welche seit 1. März 2021 kostenfrei zur Verfügung stehen. Diese mussten bisher für Einsätze in Software und Web-Applikationen teuer eingekauft werden. Entsprechend dürfte von dieser Seite auch eine Kostenersparnis für verwendete Software entstehen.

Wir stellen angesichts der Entwicklungen folgende Fragen:

- Verfolgt die Stadt Kloten eine OGD-Strategie? Falls nein, hat sie die Absicht dies in naher Zukunft zu tun?*
- Welche Daten könnten der Öffentlichkeit offen zur Verfügung gestellt werden?*
- In welchen Bereichen der Stadtverwaltung kommen Applikationen mit Raumbezug zum Einsatz und können da Kostenersparnisse durch die neue OGD-Politik von swisstopo erwartet werden?*

Beschluss:

1. Der Stadtrat beantwortet die Interpellation bis spätestens z.H. Gemeinderatssitzung vom 06.07.2021

Wortmeldungen:

Glp-Fraktion, Roman Walt: *Open Government Data (OGD), also offene Daten aus den Verwaltungsbehörden, werden immer wichtiger und immer mehr Akteure - vom Bund bis zu den Gemeinden - publizieren immer mehr Daten offen und gratis für die breite Nutzung von interessierten Personen und Institutionen. Der Bund verfolgt bereits eine OGD-Strategie, in diesem Zusammenhang sind seit dem 1. März eine Vielzahl von räumlichen Daten, sogenannte Geodaten, von swisstopo frei verfügbar. Das hilft nicht nur uns, wenn wir den nächsten Wanderausflug planen, sondern ermöglicht uns auch, die Daten in eigenen Apps oder Programmen zu nutzen. Egal ob wir diese nun als interessierte Privatperson, als Forschungsinstitut oder als kommerzielles Unternehmen tun wollen. Bei der Karte hört es nicht auf - Die Mehrwerte von OGD sind vielfältig. Offene Daten führen zu mehr Transparenz bezüglich bspw. der Verwaltungsarbeit und Zielerreichungen. Es führt zu besserer Vergleichbarkeit mit anderen Gemeinden. Es fördert eine aktive Partizipation der Bevölkerung, der Wirtschaft und Wissenschaft, etc. Zusammengefasst; Hochwertige, offene Daten sind ein wichtiger Treiber für Innovation und Fortschritt. Man könnte es in Zeiten von leeren Kassen vielleicht als Widerspruch sehen, dass Verwaltungsdaten überhaupt gratis zur Verfügung gestellt werden. Aber die Daten sind da und wurden bereits bezahlt: Durch die Öffentlichkeit, über die Steuern, welche Personal und Mittel zur Datenerhebung und Datenerhalt finanzieren bzw. finanziert haben. Und mit geringem Aufwand können diese Daten wieder offen zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise als strukturierte Tabellendaten zum Download auf der stadteigenen Internetseite. Die daraus folgenden Mehrwerte habe ich bereits erwähnt. Für Kloten bedeutet das einerseits, das hochwertige, aber bisher teure Daten wie bspw. jene von swisstopo*

frei zur Verfügung stehen und eingesetzt werden können. Das kann Kostenersparnisse in den Betriebsprozessen zur Folge haben. Es bedeutet aber auch, dass eigene Daten zu ortsspezifischen Themen wie bspw. Wirtschaft, Mobilität, Energie, Raumplanung, Bevölkerungs- und Schulraumentwicklung, öffentlicher Raum, Infrastruktur etc., dass solche Daten der Öffentlichkeit angeboten werden könnten und sollen. Mit dem "E-Government"-Artikel der neuen Gemeindeordnung wird dafür auch bereits eine weitere rechtliche Grundlage zur Verfügung stehen, um elektronische Angebote und damit auch OGD in Kloten zu fördern. Aufgrund dieser Entwicklungen stellt die glp-Fraktion drei Fragen an den Stadtrat: Verfolgt die Stadt Kloten eine OGD-Strategie? Falls nein, hat sie die Absicht dies in naher Zukunft zu tun? Welche Daten könnten der Öffentlichkeit offen zur Verfügung gestellt werden? In welchen Bereichen der Stadtverwaltung kommen Applikationen/Programme mit Raumbezug zum Einsatz und können da Kostenersparnisse durch die neue OGD-Politik von swisstopo erwartet werden? Wir bedanken uns für die Beantwortung der Fragen.

Stadtrat, René Huber: Wir nehmen die Interpellation entgegen und beantworten diese schriftlich.

06.04.2021 Beschluss Nr. 88-2021 Interpellation 7793; Roman Walt, glp; Gemeinderätinnen und Gemeinderäte im Klassenzimmer; Begründung
0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Interpellation; Roman Walt, glp; Gemeinderätinnen und Gemeinderäte im Klassenzimmer; Begründung

Roman Walt, glp und Mitunterzeichnende haben am 12.03.2021 folgende Interpellation eingereicht:

Politische Partizipation ist auf allen Ebenen unseres Staatswesens zentral und Teil unserer Rechte und Pflichten als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nehmen wir diese Pflicht aktiv wahr. Vor dem Hintergrund sinkender bzw. tiefer Abstimmungs- und Wahlbeteiligung in Kloten und der teilweise schwierigen Personalrekrutierung für politische Ämter stellt sich aber die Frage, wie insbesondere junge Personen auf die Attraktivität und die Arbeit der kommunalen Räte und Kommissionen aufmerksam gemacht werden können.

Mitglieder des Kantonsrats Zürich können zur Zeit per Video-Call ins Klassenzimmer geholt werden (<https://www.kantonsrat.zh.ch/aktuell/blog/virtuellesklassenzimmer>), wo sie über die Arbeit im Kantonsrat berichten. Ebenso stellen die Parlamentsdienste weitere Tools für politische Bildung zur Verfügung. In "normalen" Zeiten werden zudem Führungen und Besuche von Ratssitzungen organisiert.

Kloten wird mit der neuen Gemeindeordnung die Möglichkeit haben, ein Jugendparlament einzuführen. Um unsere Jugend für die lokalen politischen Gremien zu begeistern oder sie wenigstens dazu zu informieren, könnte bis mindestens zur Bildung des Jugendparlaments ein ähnliches Angebot wie vom Kantonsrat aufgebaut und geführt werden.

Wir stellen daher folgende Fragen:

- *Welche Bezüge zu den politischen Gremien von Kloten werden aktuell im Unterricht vermittelt?*
- *Ist eine Adaption des Kantonsratsangebots (insb. (virtueller) Besuch im Klassenzimmer) auf kommunaler Ebene für die Schule Kloten denkbar?*
- *Für welche Klassen eignet sich ein solches Angebot, auch gemäss Lehrplan 21?*

Beschluss:

1. Der Stadtrat beantwortet die Interpellation bis spätestens z.H. Gemeinderatssitzung vom 06.07.2021

Wortmeldungen:

Glp-Fraktion, Roman Walt: *Kloten ist etwas Besonderes. Ok, das an sich ist für uns eigentlich nichts Neues, aber wir sind als Parlamentsgemeinde immer noch in der Unterzahl, was diese Form der Legislative in den Schweizer Gemeinden angeht. Nur jede 5. Gemeinde der Schweiz hat ein Parlament, in unserem Bezirk mit 22 Gemeinden ist es sogar nur jede 7. Gemeinde; Opfikon, Bülach und Kloten. Umso wichtiger und schöner wäre es, wenn diese Form der lokalen Gemeindepolitik, für die wir uns ja alle einsetzen, auch in die Schulbildung einfließen würde. Politik am praktischen Beispiel sozusagen. So könnte bei unserer Jugend das Interesse an Politik geweckt werden, der direkte Einfluss auf die Gestaltung der eigenen Heimat aufgezeigt und langfristig politischer Nachwuchs gefördert werden. Ein Interesse, dass eigentlich alle Parteien vereint. Und ich bedanke mich bereits an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Mitunterzeichnenden aus fast allen Fraktionen hier im Rat, welche die Interpellation unterstützen. Ich weiss nicht wie es euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Schule ergangen ist. Aber mir wurde damals nur sehr abstrakt und theoretisch das Zusammenspiel von Legislative, Exekutive und Judikative vermittelt. Und das vor allem auf Bundesebene. Was auf Kantons- und Gemeindeebene genau läuft, war mir lange unklar, meine Eltern waren politisch auch nicht interessiert und entsprechend habe ich erst mit Anfang/Mitte 20 begonnen, mich wirklich für Politik zu interessieren. Umso wichtiger sind darum Angebote wie beispielsweise vom Kantonsrat Zürich, welcher den*

Schulen anbietet, Sitzungen zu besuchen, wenn es die Umstände zulassen Führungen durchführt und seit neuestem ermöglicht, virtuell Mitglieder des Kantonsrats in Klassenzimmer zuschalten zu lassen. Die Mitglieder erzählen aus dem praktischen Alltag im Rat und beantworten Fragen. Aus meiner Sicht ist das unglaublich wertvoll, belebt es doch die vermittelten theoretischen Inhalte zum Rechtsstaat und zur Politik auf ganz eigene Art und Weise und zeigt die Attraktivität unseres politischen Einsatzes. Und ich stellte mir dann, als ich von diesem neuen Angebot gehört und gelesen habe, die Frage: Wäre so was auch für Kloten möglich? Wir als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte im Klassenzimmer, ob nun physisch oder virtuell? Das wäre doch für unsere Schülerinnen und Schüler noch näher am politischen Geschehen und würde allenfalls helfen, das Interesse für Politik zu wecken und die doch sehr tiefen Beteiligungen an Wahlen und Abstimmungen doch etwas zu steigern. Wichtig ist, und das sei auch jetzt schon gesagt, dass wir uns als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte für das Angebot aktiv einsetzen und dieses beleben werden und vielleicht dann nicht nur darüber diskutieren was Populismus heisst und ob dieses Interesse der Jugendlichen dann darauf hinausläuft, ein Jugendparlament einzuführen, wie von der neuen Gemeindeordnung als Option vorgesehen, bleibt abzuwarten. Jedenfalls, um zu klären ob ein solches Angebot möglich ist und wo wir ansetzen können, haben die Mitunterzeichnenden und ich einige Fragen an den Stadtrat und speziell natürlich die Leitung der Schule Kloten. Welche Bezüge zu den politischen Gremien von Kloten werden aktuell im Unterricht vermittelt? Ist eine Adaption des Kantonsratsangebots (insb. (virtueller) Besuch im Klassenzimmer) auf kommunaler Ebene für die Schule Kloten denkbar? Für welche Klassen eignet sich ein solches Angebot, auch gemäss Lehrplan 21? Wir bedanken uns für die Beantwortung der Fragen.

Stadtrat, Christoph Fischbach: Der Stadtrat nimmt die Interpellation gerne entgegen und beantwortet diese schriftlich.

Energiestrategie; Wahl von neun Kommissionsmitgliedern

Mit Stadtrats-Beschluss 21-2021 vom 16.02.2021 hat der Stadtrat das Organisationsreglement Energiestrategie genehmigt.

Gemäss Art. 5 Kommissionsmitglieder Abs. 4 des Organisationsreglements Energiestrategie stellt der Gemeinderat neun Kommissionsmitglieder. Diese werden im Verhältnis zu den erzielten Parteistimmen im Gemeinderat bestimmt (Proporzsystem). Jede Fraktion bestimmt ihre Vertretung.

Zu beachten gilt, dass das Organisationsreglement Energiestrategie sich gemäss Art. 1 auf Art. 34 der Gemeindeordnung (GO), Revision 2018 stützt, welche noch nicht rechtskräftig ist.

Antrag IFK:

Die IFK schlägt folgende neun Mitglieder als Delegation für die Energiekommission gemäss den Vorgaben des Organisationsreglements Energiestrategie vor:

- Reto Schindler, Grüne
- Philip Graf, SP
- Tim Häfliger, EVP
- Kim Mishra, glp
- Pascal Walt, CVP
- Marco Vollenweider, FDP
- Christian Trachsel, SVP
- Florian Ruosch, SVP
- Rico Käser, SVP

Antrag:

1. Der Gemeinderat stellt dem Stadtrat die neun von der IFK vorgeschlagenen Mitglieder zur Wahl in die Energiekommission vorbehältlich der Genehmigung der Gemeindeordnung (Revision 2018) durch den Regierungsrat des Kanton Zürich und die Inkraftsetzung des Organisationsreglements Energiestrategie.
2. Die Aufgaben und Kompetenzen entsprechend den im Organisationsreglement Energiestrategie festgehaltenen Vorgaben.
3. Die Entschädigung der Mitglieder der Delegation Energiekommission erfolgt als Teil der Energiekommission gemäss Stadtrats-Beschluss 21-2021 nach Art. 3 Abs. 7 "Kommissionen mit Pauschalentschädigung" der Entschädigungsverordnung (EntschVO) der Stadt Kloten.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stellt dem Stadtrat stillschweigend die neun von der IFK vorgeschlagenen Mitglieder zur Wahl in die Energiekommission vorbehältlich der Genehmigung der Gemeindeordnung (Revision 2018) durch den Regierungsrat des Kanton Zürich und die Inkraftsetzung des Organisationsreglements Energiestrategie.
2. Die Aufgaben und Kompetenzen entsprechend den im Organisationsreglement Energiestrategie festgehaltenen Vorgaben.
3. Die Entschädigung der Mitglieder der Delegation Energiekommission erfolgt als Teil der Energiekommission gemäss Stadtrats-Beschluss 21-2021 nach Art. 3 Abs. 7 "Kommissionen mit Pauschalentschädigung" der Entschädigungsverordnung (EntschVO) der Stadt Kloten.

Wortmeldungen:

IFK, Sandra Eberhard: Die Energiekommission untersteht dem Stadtrat. Die IFK schlägt dem Stadtrat folgende neun Mitglieder als Delegation für die Energiekommission zur Wahl vor: Reto Schindler, Grüne; Philip Graf, SP; Tim Häfliger, EVP; Kim Mishra, glp; Pascal Walt, CVP; Marco Vollenweider, FDP; Christian Trachsel, SVP; Florian Ruosch, SVP; Rico Käser, SVP. Die IFK bittet den Gemeinderat den Vorschlag für die Delegation zu genehmigen.

Ratspräsident, Oliver Streuli: Wird der Wahlvorschlag vermehrt oder geändert? Dies ist nicht der Fall. Somit gilt der Wahlvorschlag stillschweigend z.H. des Stadtrats als genehmigt.

SP-Fraktion, Philip Graf: Darf ich einen Ordnungsantrag um Diskussion stellen? Ich glaube, das ist mir erlaubt.

Ratspräsident, Oliver Streuli: Da bin ich mir nicht ganz sicher. Machen wir rasch 2 Minuten Pause damit ich mich mit der Ratsleitung beraten kann. [Pause] Ich beziehe mich auf das aktuell gültige Geschäftsreglement. Gemäss Artikel 30 Absatz 1; "Ein Ordnungsantrag wird sofort behandelt. Die Diskussion über das Geschäft wird dabei unterbrochen." Zurzeit haben wir keine Diskussion über das Geschäft. Es gibt also nicht zu unterbrechen. Absatz 2; "Zu einem Ordnungsantrag erhält nur ein Redner pro Fraktion das Wort für eine kurze Stellungnahme". Die Stellungnahme bezieht sich auf die Sitzungsführung und nicht über die Fraktionserklärung, welche du mir vorher bereits angezeigt hast. Diese darfst du weiterhin nicht vorlesen. Du kannst einfach zur Gesamtsitzungsführung etwas sagen. Das ist dir erlaubt. Möchtest du dies machen?

SP-Fraktion, Philip Graf: Nein.

Schluss der Sitzung: 18:40 Uhr

Für die Richtigkeit:



Jacqueline Tanner
Ratssekretärin

Geprüft und genehmigt: 06.07.2021

Kloten,

GEMEINDERAT KLOTEN



Oliver Streuli
Präsident



Irene Frischknecht
1. Vizepräsidentin



Marc Denzler
2. Vizepräsident